

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

74. Sitzung
12. August 2021

Beginn: 15.02 Uhr
Schluss: 17.47 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

Dirk Stettner (CDU) stellt folgende, zuvor schriftlich eingereichte Frage:

Die GEW kritisiert: „Besonders alarmierend ist, dass die größte Gruppe (40 Prozent) der neu eingestellten Lehrkräfte inzwischen Lehrkräfte sind, die weder über ein Lehramtsstudium noch über eine berufsbegleitende Qualifikation verfügen. Diese Kolleg*innen sind überwiegend befristet beschäftigt und erfüllen nicht die Voraussetzungen für den Quereinstieg. Die Senatsverwaltung behandelt diese Kolleg*innen als reine Lückenfüller, bezahlt sie schlechter, befristet sie und macht ihnen keine gezielten Qualifizierungsangebote.“

Ist es richtig, dass der SPD-GRÜNEN-LINKEN-Senat die neu eingestellten und nicht als Lehrkraft ausgebildeten neuen Mitarbeiter als Lückenfüller behandelt, und was gedenkt der SPD-GRÜNEN-LINKEN-Senat zu tun, um die gravierenden Defizite in der Versorgung unserer Schulen mit qualifizierten Lehrkräften schnellstmöglich zu beseitigen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass Quereinsteigende in Berlin eine qualifizierte Ausbildung erhielten und bereits für die Zulassung zum Quereinstieg hohe Standards gälten. Quereinsteigende müssten u. a. in einem Schulfach einen Masterabschluss vorweisen und beendeten ihre Nachqualifikation mit dem Staatsexamen. Die Bezeichnung „Lückenfüller“ sei vor diesem Hintergrund unangebracht. In Berlin ausgebildete Quereinsteiger seien in anderen Bundesländern sehr gefragt. Um der Abwanderung entgegenzuwirken, sei eine vertraglich festgelegte Bleibefrist eingeführt worden. 2016 habe das Abgeordnetenhaus zugestimmt, den Aufbau des Studienzentrums für Erziehung, Pädagogik und Schule – StEPS – mit mehreren Millionen Euro zu unterstützen.

Bundesweit fehlten Tausende ausgebildete Lehrkräfte. Berlin habe im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen ausgeweitet. Sie habe in der Kultusministerkonferenz – KMK – vorgeschlagen, künftig auch Ein-Fach-Lehrer zum Lehramt zuzulassen, sich damit aber nicht durchsetzen können. In Berlin würden auch Ein-Fach-Lehrkräfte, die ein weiteres Fach studieren müssten, um die volle Lehrbefähigung zu erhalten, eingestellt. Darunter fielen Künstler und Musiker, aber auch 1 200 vormalige Willkommensklassenlehrer. Die GEW habe gefordert, diesen Lehrkräften eine Beschäftigungsperspektive zu ermöglichen. SenBildJugFam habe dafür gesorgt, dass diese Ressourcen im System blieben und die Stellen besetzt würden.

Die Pensionierungswelle, die Umsetzung der Qualitätsverbesserung und steigende Schülerzahlen hätten den Bedarf an Lehrkräften verstärkt. Dazu kämen pandemiebedingte Schwierigkeiten bei den Einstellungsverfahren. Es sei unstrittig, dass sich die Schulen möglichst viele vollausgebildete Lehrerinnen und Lehrer wünschten. Wenn aber die Stellen unbesetzt blieben, folgten daraus weniger Teilungsunterricht, Inklusionsstunden und Sprachförderung und eine höhere Belastung der vorhandenen Lehrkräfte.

Dirk Stettner (CDU) fragt, ob es angesichts des anhaltenden Lehrkräftemangels nicht geboten sei, die sofortige Verbeamtung zu beantragen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, sie sei seit 2019 ebenfalls für die Wiedereinführung der Verbeamtung, da sich Berlin als einziges Bundesland, das nicht verbeamtete, in Konkurrenz zu allen anderen Bundesländern befinde. Die Entscheidung müsse aber vom Parlament getroffen werden.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) möchte wissen, ob SenBildJugFam beabsichtige, die Einstellungsstatistiken hinsichtlich des Anteils der Quer- und Seiteneinsteigenden transparenter zu gestalten, damit nicht erst durch Schriftliche Anfragen Licht ins Dunkel gebracht werden müsse.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet, dass die Statistiken nicht neu seien, sondern bereits im Hauptausschuss vorgelegen hätten. Ferner sei es nicht ungewöhnlich, dass 2021 700 Lehrerinnen und Lehrer aus unterschiedlichen Gründen gekündigt hätten. Auch in den letzten Jahren habe sich die Anzahl der Kündigungen in dieser Größenordnung bewegt.

In der KMK sei über einheitliche Darstellungen und Bezeichnungen der Quer- und Seiteneinsteigenden in den Statistiken diskutiert worden. Die Berliner Ausweisung der Quereinsteigenden sei KMK-konform. Auf eine durch die Behauptung, in Nordrhein-Westfalen gestalte sich

die Statistik anders, ausgelöste Nachfrage hin habe das Ministerium für Schule und Bildung in Düsseldorf mitgeteilt, dass Nordrhein-Westfalen ebenso wie Berlin die Statistik KMK-konform ausweise. Es sei festzuhalten, dass das Staatsexamen als vollwertiger Abschluss akzeptiert werden müsse – und zwar unabhängig davon, ob es berufsbegleitend oder im Lehramtsstudium erworben worden sei.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, dass TOP 1 a abgeschlossen sei.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, dass sie am Vortag das Strategiepapier des Digitalisierungsbeirats mit Herrn Prof. Thomsen vorgestellt habe. Ein zentrales Schulportal solle allen Akteuren des Bildungssystems einen einheitlichen Zugriff ermöglichen.

Durch das Bund-Länder-Programm „Stark trotz Corona“ würden zusätzliche Stellen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahrs – FSJ – geschaffen. Die Einsatzorte seien Kitas, Schulen und Jugendfreizeitstätten. Die Stellen seien bereits ausgeschrieben und die Träger ausgewählt.

Eine Kita in Holzbauweise habe in Steglitz-Zehlendorf Richtfest gefeiert. In Pankow sei eine Schnellbaukita und in Lichtenberg der erste Modulare Ergänzungsbau in Holzmodulbauweise – Holz-MEB – eröffnet worden.

Im Bereich Jugendhilfe sei eine weitere Vereinbarung für den Kinderschutz getroffen worden.

Die Landeszentrale für politische Bildung informiere in einer Kampagne über den Ablauf der bevorstehenden Wahlen. Die online und in Papierform herausgegebenen Materialien richteten sich insbesondere an junge Menschen und könnten auch im Schulunterricht eingesetzt werden.

Als gemeinsames Projekt von SenBildJugFam, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit sowie der Industrie- und Handelskammer – IHK – Berlin werde am 13. August der Talente-Check, eine Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse, eröffnet.

Im Rahmen der KMK sei vereinbart worden, nach den Sommerferien bundesweit an allen Schulen mit Präsenzunterricht zu starten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, dass TOP 1 b damit abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, dass SenBildJugFam die Schulen zwei Wochen vor Ferienbeginn über den Ablauf des Schulstarts informiert habe. In den Ferien hätten die reguläre Ferienbetreuung, die Sommerschulen – ohne Maskenpflicht – und Intensivschwimmkurse stattgefunden. Es habe nur einen Positivfall gegeben. Die Kitas seien wie geplant in den Regelbetrieb zurückgekehrt. Das neue Schuljahr sei im Präsenzunterricht mit Präsenzpflicht gestartet. Gemeinsam mit dem Hygienebeirat sei entschieden worden, in den ersten Schulwochen besondere Schutzmaßnahmen anzuwenden, um Infektionen durch Reiserückkehrer zu verhindern. In den ersten zwei Wochen sei an allen Schulformen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung Pflicht. Danach könne die Maskenpflicht, wenn es das Infektionsgeschehen zulasse, an einzelnen oder an allen Schulformen entfallen. In den ersten drei Wochen würden die Schülerinnen und Schüler dreimal pro Woche getestet. Dafür stünden 6,5 Mio. Tests zur Verfügung.

8 000 Luftreinigungsgeräte seien bereits an die Schulen geliefert worden, weitere 3 000 Geräte seien bewilligt. Bis zum 18. August werde die vierte Tranche ausgeliefert. Die Koalitionsfraktionen hätten sich im Hauptausschuss dafür ausgesprochen, die Bundesmittel für die Anschaffung weiterer Geräte einzusetzen. Mit dem Bund werde noch über die Förderrichtlinien beraten. Nach derzeitigem Stand würden Bundesländer, die wie Berlin bereits Geräte angeschafft hätten, benachteiligt, da die Mittel Räumen, die nicht zu lüften seien, vorbehalten wären und diese Klassenzimmer in Berlin bereits ausgestattet seien. Ferner gebe es Überlegungen, die Luftreinigungsgeräte nur für Grundschulen zu bewilligen, da sich Jugendliche ab 12 Jahren impfen lassen könnten.

Vor den Ferien hätten die Abteilungsleiter von SenBildJugFam in einem Brief an die Schulen über die zu dem Zeitpunkt bestehenden Möglichkeiten des Impfens von Kindern und Jugendlichen sowie die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission – STIKO – informiert. In Absprache mit SenGPG würden Impfteams nun zunächst an den beruflichen Schulen die Schülerinnen und Schüler vor Ort impfen. Dabei sei festgestellt worden, dass viele junge Menschen, insbesondere diejenigen, die sich in der dualen Ausbildung befänden, bereits geimpft seien. Parallel zu den mobilen Impfteams plane SenBildJugFam, an den weiterführenden Schulen Impfshuttles einzusetzen, die über 16-Jährige zu den Impfzentren bringen sollten. Auch Erwachsene, die aus unterschiedlichen Gründen noch nicht geimpft seien, könnten diese Möglichkeit nutzen.

Im Bereich der Berufsorientierung sei gemeinsam mit der IHK, den Sozialverbänden und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit ein Portal, das junge Menschen informiere und in die Ausbildung vermittele, entwickelt worden. SenBildJugFam habe zusätzlich Informationsmaterialien verschickt. Erfreulicherweise seien die Beraterinnen und Berater der Jugendberufsagentur in den Präsenzbetrieb zurückgekehrt und könnten neben den Lehrkräften in den BSO-Teams die Schülerinnen und Schüler vor Ort beraten. Sie selbst habe wiederholt mit Senatorin Breitenbach (SenIAS) über die Notwendigkeit, den regulären Betrieb wieder aufzunehmen, gesprochen, zumal in diesem Jahr rund 2 700 weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden.

Der Stufenplan sei überarbeitet worden, da sich nach anderthalb Jahren Pandemie u. a. durch die Teststrategie und die Impfquote einiges geändert habe. Es werde auch auf Bundesebene diskutiert, ob eine pauschale Orientierung an Inzidenzwerten weiterhin sinnvoll sei. Im überarbeiteten Stufenplan gebe es statt vier nur noch drei Stufen. Die Masken seien aus den Stufen herausgenommen worden; so könnten die Gesundheitsämter abhängig von der Infektionslage das Tragen von Masken individuell anweisen.

Andreas Wild (fraktionslos) fragt, um was für einen Positivfall es sich gehandelt habe. Welche Schlüsse würden aus den Testergebnissen gezogen? Könne bei einem positiven Coronatest die Beteiligung anderer Viren ausgeschlossen werden? Habe SenBildJugFam vor den Testungen die Zustimmung der Eltern eingeholt? Was passiere, wenn Eltern die Tests an ihren Kindern verweigerten? Was sei aus dem Thema Pooltests geworden? Warum würden 16-Jährige geimpft, wenn diese Altersgruppe nachweislich nicht erkrankte und Risiken durch Impfschäden nicht ausgeschlossen werden könnten?

Thorsten Weiß (AfD) erkundigt sich, wie die Senatorin das Schreiben der Gesundheits-senatorin Kalayci, das sich an Schülerinnen und Schüler ab 12 Jahren richte, bewerte. Sei SenBildJugFam an der Abfassung des Schreibens beteiligt gewesen?

Verfolge die Senatorin das Ziel, für jeden Klassenraum ein Luftfiltergerät zu beschaffen? Wenn ja, bis wann? – Er verweise auf eine Studie der Stadt Stuttgart, laut der die Wirkung der Geräte begrenzter sei als angenommen. Die Experten sprächen sich zudem dafür aus, die Luftfilteranlagen nur in kleinen und schlecht zu lüftenden Klassenräumen einzusetzen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) macht darauf aufmerksam, dass nicht nur die Koalitionsfraktionen, sondern auch die FDP- und die CDU-Fraktion es befürworteten, alle Klassenräume mit Luftfiltergeräten auszustatten. Werde die Senatorin die Beschaffung der noch rund 5 000 fehlenden, bisher nicht finanzierten Luftreinigungsgeräte unterstützen? Stünden die Geräte bis spätestens Herbst zur Verfügung?

Ihre Fraktion begrüße die zunächst vorgesehene dreimalige Testung pro Woche. – Nach welchen Kriterien werde über die flächendeckende Einführung von Lollitests nach Abschluss der Pilotphase entschieden? – Wie viele Schülerinnen und Schüler hätten von der erleichterten Möglichkeit der Wiederholung eines Schuljahrs Gebrauch gemacht? – Was plane der Senat, um die BSO-Teams an den Schulen zu stärken?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, es sei bekannt, wie im Fall eines positiven Schnelltests verfahren werde. Die Bewertung zwecks Quarantäne nähmen die

Amtsärzte und das medizinische Personal vor. Die getroffenen Maßnahmen seien nötig, um den Präsenzunterricht zu ermöglichen. Eltern, die ihre Kinder nicht in der Schule testen lassen wollten, hätten die Möglichkeit, Testzentren aufzusuchen. Sie könne nicht ausblenden, wie viele Menschen bislang an Corona gestorben seien, und empfehle allen, die die Situation nicht ernst nähmen, sich die „RBB“-Reportage über die Covidstation anzusehen.

Die versendeten Briefe verantwortete die jeweilige Senatsverwaltung. Es sei nicht unüblich, dass Kinder und Jugendliche auch in Briefen von SenBildJugFam direkt angesprochen würden. Diese Vorgehensweise könne unterschiedlich bewertet werden. Nach ihrer Kenntnis habe die Gesundheitssenatorin in ihrem Brief Eltern, Kinder und Jugendliche lediglich informiert und nicht zum Impfen aufgefordert.

In Berlin seien inzwischen alle Räume, die nicht zu lüften seien, mit Luftreinigungsfiltern bestückt. Sie kenne kein Bundesland, das sämtliche Klassenzimmer ausgestattet habe. Sollten die Abgeordneten den Beschluss fassen, weitere Geräte mit Bundesmitteln anzuschaffen, werde sich SenBildJugFam dem nicht verweigern, sondern sich wie bislang um die Anschaffung kümmern.

Die Bedeutung der BSO-Teams, die an den Schulen Beratungen zur Berufs- und Studienorientierung durchführten und dokumentierten, dürfe nicht unterschätzt werden. SenBildJugFam habe federführend die Jugendberufsagentur sowie die Standards für die Berufs- und Studienorientierung initiiert. Auch im letzten Jahr seien in Zusammenarbeit mit Partnern Kampagnen und Aktivitäten entwickelt worden. Im Rahmen der Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung habe sich auch der Regierende Bürgermeister mit diesen Themen befasst. Die wichtigste Voraussetzung sei aber, dass Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung stünden. Konkrete Angaben, wie viele Ausbildungsplätze fehlten, habe die Wirtschaft lange Zeit nicht vorgelegt. Damit Schülerinnen und Schüler nicht auf der Straße landeten, habe SenBildJugFam zusätzliche Schulplätze an den Oberstufenzentren – OSZs – geschaffen. Man habe sich auf eine große Flexibilität, z. B. hinsichtlich einer späteren Aufnahme von Berufsschülern an den OSZs, geeinigt. Die Zusammenarbeit zwischen SenBildJugFam, den Sozialverbänden und der Wirtschaft gestalte sich sehr gut.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) hebt hervor, dass SenBildJugFam alle Pilotprojekte zu Tests, die eine sinnvolle und einfache Handhabung für kleinere Kinder in Aussicht stellten, unterstütze. Im Kitabereich werde das Pilotprojekt zu den Lollitests bis zum 31. August an 30 Einrichtungen durchgeführt und danach ausgewertet. An den Schulen bestehe im Gegensatz zu den Kitas eine Schnelltestpflicht. Durch die derzeit enge Testtaktung könne das Infektionsgeschehen gut bewertet werden. Die Auswertung von Pooltestungen durch die Labore, etwa in Nordrhein-Westfalen, wo dies bereits praktiziert werde, dauere jedoch bis zum nächsten Morgen, bei gestiegenen Inzidenzwerten womöglich noch länger. Es müsse daher abgewogen werden, ob Lollitests auch an Schulen sinnvoll seien. SenBildJugFam habe sich in Hinblick auf das initiierte Pilotprojekt mit dem Robert-Koch-Institut und SenGPG ausgetauscht und werde den Ausschuss über die Ergebnisse informieren.

An der im Mai veröffentlichten Gesamtzahl von 2 202 Schülerinnen und Schülern, die von der erleichterten Möglichkeit der Wiederholung eines Schuljahres Gebrauch machten, habe sich nicht viel geändert.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob bereits die Testergebnisse vom ersten Schultag nach den Sommerferien vorlägen.

Ihr hätten mehrere Schulen gemeldet, dass sie lediglich zwei Luftfiltergeräte erhalten hätten. Das widerspreche der Aussage des Senats, dass für jeden zweiten Klassenraum ein Gerät zur Verfügung stehe. Sie erinnere daran, dass im vergangenen Herbst die Schüler in Wintersachen dem Unterricht haben folgen müssen, da regelmäßiges Stoßlüften die Räume ausgekühlt habe.

Müsste vor dem Hintergrund, dass die Ansteckungsfähigkeit bei der Deltavariante bereits nach 16 Stunden eintrete, nicht entschieden werden, die Maskenpflicht und das dreimalige Testen pro Woche längerfristig aufrechtzuerhalten? – Wann genau starte der Modellversuch zu den Lollitests?

Um die Lehrkörper, die durch den Präsenzunterricht und Lernstandserhebungen ohnehin stark gefordert seien, nicht zusätzlich durch Onlineunterricht zu belasten, schlage sie vor, pro Bezirk eine Onlineschule einzurichten. Zu dieser Schule könnten Lehrerinnen und Lehrer stundenweise abgeordnet werden, um Schüler, die sich in Quarantäne befänden, zu unterrichten.

Angesichts des „Falls Borrmann“ frage sie, inwiefern Lehrkräfte verpflichtet seien, die Beschlüsse des Senats durchzusetzen. Borrmann habe nach der Abmahnung sein Verhalten nicht geändert; er sei nach wie vor ein Coronaleugner und verbreite faschistische Symbole. Teile der Senat ihre Auffassung, dass solche Menschen nicht als Lehrkräfte tätig sein dürften?

Tommy Tabor (AfD) erkundigt sich, wie hoch die Quote der vollständig Geimpften unter dem Schulpersonal sei. – Beziehe sich die in dem Schreiben an die Eltern vom 3. August genannte Zahl von 18 Mio. Schnelltests auf die bereits verbrauchten oder auf die bestellten Tests? Gebe es für die Entsorgung der Schnelltests und ggf. der Masken an den Schulen spezielle Tonnen für klinischen Sondermüll? – Wie seien die Wartung und die Wartungskosten der Luftreinigungsgeräte geregelt?

Die Gesundheitssenatorin richte sich in ihrem Schreiben auch an Kinder ab 10 Jahren, obwohl die STIKO noch nicht einmal eine Impfpflicht für Kinder ab 12 Jahren abgegeben habe. Wie bewerte die Senatorin dieses Schreiben?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) betont, dass ein Luftreinigungsgerät das Lüften nicht ersetze. Zu den Luftfiltern habe ihre Verwaltung eine Vielzahl von Gutachten konsultiert und sei mit Experten im Gespräch. Brandenburg verhandle stellvertretend für die Länder mit dem Bund über die Förderrichtlinien des Bundesprogramms. – Die Verteilung der vorhandenen Luftreinigungsgeräte übernahmen die Bezirke. Eine Schule erhalte nur dann solche Geräte, wenn sich Räume nicht ausreichend lüften ließen.

Inhaltliche Fragen, die sich auf Briefe von SenGPG bezögen, könne sie nicht beantworten. Es sei die Entscheidung der Gesundheitssenatorin, welche Altersgruppe sie anschreibe. – Die derzeit getroffenen Hygienemaßnahmen seien mit dem Hygienebeirat abgestimmt. Zusätzlich telefoniere sie alle zwei Wochen mit den Amtsärzten. In den ersten zwei Wochen sei es sinnvoll, in den Schulen Masken zu tragen; danach werde die Lage neu bewertet. Insbesondere täten ihr die ganz kleinen Kinder leid, für die es besonders anstrengend sei, die Maske zu tragen und auf die Mimik der Mitschüler zu verzichten.

Nach dem aktuellen Stand sei die Deltavariante zwar ansteckender, verursache aber nicht schwerere Verläufe bei Kindern und Jugendlichen. Sie vertraue dabei auf die Einschätzungen der Amtsärzte, der Professoren der Charité, der Virologen und der Schulleiter. – Die Virologen und Mediziner seien sich einig, dass zweimal Testen pro Woche genüge. Das dritte Testen sei eine zusätzliche Vorsichtsmaßnahme, falls Schüler zeitversetzt aus den Ferien zurückkämen. – Masken und verbrauchte Tests seien kein Sondermüll und könnten daher über den Hausmüll entsorgt werden.

Es sei kein Geheimnis, dass SenBildJugFam bereits in der Vergangenheit gegen Herrn Borrmann disziplinarisch vorgegangen sei. Sie bewerte sein Verhalten als inakzeptabel. Eine Lehrkraft mit diesem Verhalten dürfe nicht mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Mehr könne sie dazu nicht sagen, da es sich um eine Personaleinzelangelegenheit handele.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner kündigt an, den Tagesordnungspunkt nach den nächsten vier Wortmeldungen abzuschließen.

Franziska Brychey (LINKE) fragt, wie das Impfangebot durch die mobilen Impfteams an den OSZs von den Schülerinnen und Schülern angenommen werde. – Sei für Herbst und Frühjahr eine Fortsetzung der Ferienschulen an den OSZs geplant, um insbesondere den Bedarf der Klassen der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung – IBA – abzudecken? Gebe es Rückmeldungen aus den Bezirken, ob die Stellen für die Schulsozialarbeit an den Schulen bereits besetzt seien? – Wann würden die digitalen Dienstgeräte für die Lehrkräfte an die Schulen geliefert? Befänden sich die 10 000 LTE-Router bereits an den Schulen? Wie viele Schulen nähmen an dem Schulversuch „Hybrides Lernen“ teil, und wie gestalte sich der Zeitplan?

Stefanie Remlinger (GRÜNE) möchte wissen, warum es den Schulen überlassen worden sei, welches Instrumentarium sie zur Lernstandserhebung einsetzten. Wie verschaffe sich SenBildJugFam einen Überblick über den Lernstand? Wie viele validierte Verfahren stünden in den einzelnen Klassenstufen zur Wahl? Würden auch Kompetenzen aus dem psychosozialen Bereich abgefragt? Inwieweit werde verfolgt, welche Schlüsse die einzelnen Schulen aus den Erhebungen zögen?

Regina Kittler (LINKE) erinnert daran, dass ihre Frage, ob die Ergebnisse der Schnelltests vom 9. August vorlägen, nicht beantwortet worden sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, dass derzeit sechs Lerngruppen geschlossen seien. – Die genannten 18 Mio. Schnelltests seien verbraucht worden, weitere 5 Mio. Schnelltests befänden sich in der Bestellung und Auslieferung.

SenGPG werde sukzessive weitere Impfteams für die beruflichen Schulen zusammenstellen. Bisher sei deutlich geworden, dass neben den Informationsbriefen das persönliche Gespräch mit der Lehrkraft wesentlich dazu beitrage, das niederschwellige Impfangebot anzunehmen.

Derzeit arbeiteten an den Berliner Schulen insgesamt 1 100 Schulsozialarbeitende. Um das festgelegte Ziel – mindestens ein Schulsozialarbeiter an jeder Schule – zu erreichen, werde

nun sukzessive eingestellt. – An dem Schulversuch „Hybrides Lernen“ beteiligten sich zwölf Schulen.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) ergänzt, dass in der Handreichung zum Aufholprogramm „Stark trotz Corona“ die nahezu ausschließlich wissenschaftlich validierten Instrumente für die einzelnen Jahrgangsstufen aufgeführt seien. Zusätzlich habe SenBildJugFam für die Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache Kompetenzeinschätzungsbögen herausgebracht, anhand derer die Lehrerinnen und Lehrer durch Ankreuzverfahren individuell für jedes Kind feststellen könnten, ob die Lernrückstände im Rahmen des Unterrichts beseitigt werden könnten oder eine außerunterrichtliche Förderung im Rahmen des Aufholprogramms notwendig sei.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner hält fest, dass die Besprechung zu TOP 2 auf die nächste Sitzung vertagt werde.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Schuljahresanfang 2021/22: Schulplatzversorgung
und Personalsituation**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0456](#)
BildJugFam

Der **Ausschuss** beschließt, dass auf die Begründung des Besprechungsbedarfs verzichtet werde.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, dass 23 651 Siebtklässlerinnen und Siebtklässler einen Platz an ihrer Erst-, Zweit- oder Drittwunschschule erhalten hätten. Dies entspreche einer Quote von 90 Prozent und stelle ein gutes Ergebnis dar. Davon gingen 13 446 Schülerinnen und Schüler auf eine Integrierte Sekundarschule bzw. Gemeinschaftsschule und 10 205 auf ein Gymnasium.

Der Bedarf an Lehrkräften liege bei 2 440 Vollzeitäquivalenten – VZÄ –. 2 886 Lehrkräfte seien eingestellt worden, darunter 1 526 Laufbahnbewerber, 790 Quereinsteigende und 420 sonstige Lehrkräfte. 150 Bewerbungen befänden sich mit Stand von der Vorwoche noch in Bearbeitung. Weitere 713 Personen seien für die Inklusion und den Ganztag eingestellt worden, davon seien 432 Erzieherinnen bzw. Erzieher und 171 pädagogische Assistentinnen bzw. Assistenten. Die Einstellungsverfahren unter Pandemiebedingungen durchzuführen, sei für alle Arbeitsbereiche in ihrer Verwaltung sehr herausfordernd gewesen und habe die Abläufe vielfach erschwert.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob bei den noch unbesetzten Stellen Schwerpunkte in bestimmten Fächern festzustellen seien.

Franziska Brychey (LINKE) möchte wissen, wie der Senat u. a. durch die Schulbauoffensive die Bezirke unterstützen könne, mehr Plätze an den weiterführenden Schulen in Wohnortnähe zur Verfügung zu stellen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich mit Blick auf die Schulplatzverteilung, wie viele Widersprüche eingereicht bzw. Klageverfahren angestrengt worden seien und ob es noch offene Fälle gebe. Wie hoch sei der durchschnittlich benötigte Notendurchschnitt an den Gymnasien gewesen? – Wie viele VZÄ fehlten noch bei den Lehrereinstellungen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, dass aktuell 80 VZÄ fehlten. – Eine detaillierte Übersicht der Fächer, die besonders unterbesetzt seien, gebe es nicht; erfahrungsgemäß gehörten die MINT-Fächer dazu.

Die Anzahl der Schulplätze werde durch die Schulbauoffensive sukzessive gesteigert. An den Grundschulen sei schon einiges erreicht, nun müssten die weiterführenden Schulen folgen. 20 000 Plätze seien bereits geschaffen worden, weitere 13 000 Plätze seien in den nächsten Jahren geplant. – Sie bedanke sich bei den Bezirken für die fairen Verhandlungen hinsichtlich der Schulplatzverteilung. – Die Zahl der Schulplatzklageverfahren sei SenBildJugFam noch nicht bekannt.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3714

**Bildungsgutscheine für Grundschülerinnen und
-schüler mit Lernrückständen**

[0452](#)
BildJugFam
Haupt

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner teilt mit, dass dem Ausschuss zu diesem Punkt der Tagesordnung ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vorliege.

Dirk Stettner (CDU) legt dar, dass durch die Ausgabe von Bildungsgutscheinen möglichst vielen Schülerinnen und Schülern das Aufholen von Lernrückständen ermöglicht werden solle. Seine Fraktion übernehme den Änderungsantrag der FDP.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fügt an, dass eine begleitende Evaluation eine Nachsteuerung des Programms erleichterte. Es sei erfreulich, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag übernehme.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erwidert, dass die Schule der zentrale Ort sei, um individuelle Lernstände zu erheben und die notwendigen Förderangebote – innerhalb oder außerhalb des Unterrichts – zu vermitteln. Die Eltern sollten nicht involviert, sondern entlastet werden. Das Aufholprogramm „Stark trotz Corona“ helfe nicht nur dabei, Lernrückstände abzubauen, sondern berücksichtige auch psychosoziale Aspekte. 70 Prozent der Mittel, die den Schulen zur Verfügung stünden, flössen in den Abbau von Lernrückständen. In den Ferien der kommenden zwei Jahre würden wieder Ferienschulen und Intensivschwimmkurse angeboten.

Dr. Maja Lasić (SPD) bemerkt, dass seit der Formulierung des Antrags mehrere Monate vergangen seien. Mittlerweile liege ein ausdifferenziertes Konzept des Senats vor, das das Lernen in der Schule und das Aufholen von Lernrückständen mithilfe der unterstützenden Angebote systematisch miteinander verzahne. Dieses Konzept sei erfolgversprechender als das Ausgeben von Gutscheinen, die die Schülerinnen und Schüler dem freien Markt überließe.

Dirk Stettner (CDU) weist darauf hin, dass die Ausgabe von Bildungsgutscheinen die Maßnahmen des Landesprogramms ergänzen und nicht ersetzen solle. Angesichts des hohen Bedarfs an Fördermöglichkeiten, der durch Bundesmittel allein nicht abgedeckt werden könne, sei eine Integration des freien Bildungsmarkts wünschenswert.

Dr. Maja Lasić (SPD) stellt fest, die Regierungskoalition müsse mit den tatsächlich vorhandenen Haushaltsmitteln arbeiten. Die Priorität der Koalitionsfraktionen liege daher bei dem gemeinsam gestalteten Aufholprogramm.

Dirk Stettner (CDU) erhebt den Vorwurf, dass die Regierungskoalition ohne die Bundesmittel nichts für die Berliner Schülerinnen und Schüler getan hätte.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) hält dem entgegen, das Land Berlin habe beispielsweise die Lernbrücken durch Landesmittel finanziert. Kein anderes Bundesland biete im gleichen Umfang wie Berlin Ferienschulen und Intensivschwimmkurse an. Das Beispiel Luftfilteranlagen habe gezeigt, dass es auch nachteilig sein könne, als Land in Vorleistung zu gehen. Das Programm „Stark trotz Corona“ richte sich überdies an Schülerinnen und Schüler von öffentlichen wie privaten Schulen. Die Nachhilfeorganisationen würden als Partner miteinbezogen. Die einzelnen Schulen könnten entscheiden, mit welcher Organisation sie zusammenarbeiteten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP ab und beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3714 zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3072
Fachlehrer- und Unterrichtsgarantie-Gesetz | 0387
BildJugFam
Haupt |
| b) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3073
Ende der Beschönigung – Ehrliche Zahlen zum
Unterrichtsausfall! Fachunterricht statt Mandalas
malen | 0388
BildJugFam |

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner informiert darüber, dass dem Ausschuss zu Punkt 5 a der Tagesordnung eine Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vorliege.

Tommy Tabor (AfD) erläutert, dass an den Schulen vor 2007 die Personalkostenbudgetierung – PKB – eine 107-prozentige Ausstattung vorgesehen habe, ab 2007 nur noch eine 100-prozentige Ausstattung. Um das Recht auf Unterricht zu garantieren, bedürfe es einer Gesetzesänderung. Darin würden die Forderungen der Initiative Volksbegehren Unterrichtsausfall übernommen. Zudem müssten Unterrichtsausfall und Vertretungsstunden nach neuen Kriterien verbindlich festgehalten und statistisch ausgewertet werden. Anhand dieser Zahlen könnten dann gezielt Lehrer für die jeweiligen Fächer eingestellt werden.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) trägt vor, Berlin habe im Rahmen der Hochschulverträge bereits eine Umsteuerung vorgenommen, um eine größere Anzahl an Lehrkräften auszubilden. Die Qualifizierung zum Lehramt könne darüber hinaus berufsbegleitend oder im Rahmen des Quereinstiegsstudiengangs Q-Master erworben werden.

Unterrichtsausfälle würden bereits transparent dokumentiert. Die Schuleinzeldaten würden differenziert nach Vertretungsunterricht und Unterrichtsausfall auf dem Schulportal veröffentlicht. Der Unterrichtsausfall liege in Berlin bei etwa 2 Prozent. Das entspreche dem bundesweiten Durchschnitt. Einer ihrer Vorgänger habe den Ansatz der „Lehrerfeuererwehr“ verfolgt, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Das Konzept habe nicht gut funktioniert und sei durch die Einstellung von PKB-Lehrkräften ersetzt worden.

Tommy Tabor (AfD) macht geltend, dass ausfallender Unterricht fachgerecht vertreten werden müsse. Um eine ausreichend große Zahl an Lehrkräften zur Verfügung zu haben, fordere seine Fraktion eine 110-prozentige Ausstattung an den Schulen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) stellt dem entgegen, dass die Berliner Schulen mindestens eine 100-prozentige Ausstattung vorweisen könnten; die Stundentafel sei abgedeckt. Es gebe sogar Schulen mit einer 190-prozentigen Ausstattung. In den letzten zehn Jahren seien in Hinblick auf Sprachförderstunden, Inklusion und Teilungsunterricht zusätzliche Lehrerstellen bewilligt worden. Es liege in der Verantwortung der Schulleitungen, die Ressourcen sinnvoll einzusetzen und geeignete Vertretungssysteme für ihre Schule zu entwickeln.

Dr. Maja Lasić (SPD) stimmt der Feststellung zu, dass an den meisten Berliner Schulen die Unterrichtsabdeckung deutlich über den Mindestrahmen der Stundentafel hinausgehe. Eine weitere Erhöhung des Personalschlüssels sei dennoch wünschenswert, um Teamteaching und multiprofessionelle Teams voranzubringen. Maßnahmen wie die Anpassung der Hochschulverträge, die Erhöhung des Personalschlüssels und die Überprüfung des Einsatzes der Personalressourcen im Rahmen der Schulentwicklung stellten die Qualität an den Schulen sicher, nicht aber formale Festschreibungen im Gesetz.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3072 sowie des Antrags Drucksache 18/3073 zu empfehlen.

[Lüftungspause von 16.59 Uhr bis 17.08 Uhr]

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2554

**Werkunterricht an Berliner Grundschulen
einführen**

[0298](#)
BildJugFam
Haupt

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) hebt hervor, dass moderner Werkunterricht das Interesse an handwerklichen und digitalen Fähigkeiten fördere. Angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels sei es wichtig, Kindern in handwerklichen und MINT-Berufen Perspektiven zu eröffnen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) pflichtet bei, dass Kinder und Jugendliche praktische Fertigkeiten erlernen und Berufsbilder in handwerklichen Bereichen vermittelt bekommen sollten. Die Forderung der FDP-Fraktion sei nicht neu. Der Anspruch werde von SenBildJugFam geteilt und sei längst im Rahmenlehrplan umgesetzt. In den Klassenstufen 1 bis 4 würden im Sachunterricht motorische Fertigkeiten beigebracht und erste Berufsbilder auf dem Gebiet des Handwerks vermittelt. Später kämen die naturwissenschaftlichen Bereiche und das Fach Wirtschaft, Arbeit, Technik – WAT – hinzu. Besonders wichtig sei die Verknüpfung mit außerschulischen Partnern. Beispielsweise biete die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung – DKJS – Lehrkräften und Pädagogen Fortbildungsreihen zum Thema Lernwerkstatt an. Berlin sei in diesem Bereich gut aufgestellt.

Regina Kittler (LINKE) äußert Zweifel daran, ob die vorhandenen Ressourcen an geeigneten Räumen und geeignetem Personal für einen verpflichtenden Werkunterricht ausreichen. Sie verweise außerdem auf die umfängliche Studentafel der Grundschulkinder. Inhalte des Werkunterrichts könnten aber in AGs innerhalb des Ganztags oder als Wahlunterricht, ggf. in Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendeinrichtungen, angeboten werden. Die Angebote sollten dann aber auch auf musische Inhalte ausgeweitet werden.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) weist darauf hin, dass der Antrag zwar vom 10. März 2020 datiere, aber nun zum ersten Mal auf der Tagesordnung stehe. – Weder der Sachunterricht noch das Fach WAT noch Kooperationen mit außerschulischen Partnern böten bislang ausreichende Möglichkeiten, neben dem theoretischen Wissen die praktischen Fertigkeiten zu vermitteln. Darüber hinaus müsse ein Update des herkömmlichen Werkunterrichts – Stichwort Makerspace – vorgenommen werden. Die handwerklichen Fertigkeiten müssten mit dem Interesse für Digitalisierung und Kreativität verbunden werden. – Die praktische Umsetzung des Antrags müsste noch besprochen werden.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) bekräftigt, dass jedes Kind auf dem Weg zum Erwachsensein alltagspraktische Fähigkeiten erwerben sollte. Eine Einführung des Werkunterrichts scheiterte schon an fehlenden Ressourcen personeller wie räumlicher Art. Stattdessen stünden etwa das duale Lernen oder die werkpädagogischen Angebote zur Verfügung. Diese könnten auch von Kindern aus sozial schwachen Familien genutzt werden. Die Kooperation von Schulen und Freizeiteinrichtungen müsse weiter ausgebaut werden. Ferner sei es wünschenswert, dass sich die sozialräumlichen Angebote der Quartiere besser vernetzten.

Dirk Stettner (CDU) bemerkt, dass mangelnde räumliche und personelle Kapazitäten, die schon für das normale Angebot fehlten, kein Grund sein dürften, den Antrag abzulehnen. Schließlich werde der Senat darin aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2554 zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Abschlussbericht der Expertenkommission zur
Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht
in Berlin – Handlungserfordernisse für den Kita-
und Schulbereich**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0371](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 03.12.2020

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner macht darauf aufmerksam, dass dem Ausschuss das Wortprotokoll der Sitzung vom 3. Dezember 2020 vorliege, in der Herr Abgeordneter Stettner (CDU) den Besprechungsbedarf begründet habe.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erklärt, der Abschlussbericht habe dargelegt, dass in den Berliner Kitas bei der Sprachförderung und in der Anbahnung von anschlussfähigen Bildungsprozessen weitreichende Mängel festzustellen seien. Beide Bereiche seien grundlegende Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit und müssten daher prioritär überarbeitet werden.

Katrin Seidel (LINKE) hält dem entgegen, dass der Abschlussbericht nicht nur Mängel aufgezeigt, sondern beispielsweise das Berliner Bildungsprogramm für die Kitas sehr positiv bewertet habe. Viele Maßnahmen, die der Abschlussbericht benannt habe, würden bereits umgesetzt. – Habe der Beirat zwischenzeitlich seine Arbeit aufgenommen? Wie verlaufe die Arbeitsplanung? Wie werde die Fachpraxis in die Prozesse einbezogen? Wie kommuniziere der Beirat seine Arbeitsergebnisse? – Wie sei der Planungsstand hinsichtlich Konsultationskitas für die Bereiche Mathematik, Digitalisierung und Mehrsprachigkeit? Wer sei damit beauftragt? – Wie sei der Stand hinsichtlich der 40 zugesagten zusätzlichen Funktionsstellen in sozialen Brennpunkten? – Wie weit sei die Einrichtung von sechs weiteren Sprachfördergruppen für Nichtkitakinder vorangeschritten?

Dirk Stettner (CDU) bemerkt, die Gesamtaussage des Abschlussberichts sei, dass im Bildungsbereich zwar viel getan werde, aber die Genauigkeit der Zielausrichtung und der Ressourcenverteilung verbessert werden müsse. – Welche Aspekte seien zwischenzeitlich umgesetzt worden bzw. befänden sich in der Umsetzung?

Regina Kittler (LINKE) kritisiert, dass die im Abschlussbericht genannte Zielstellung einer Stärkung der Lern- und Sozialkompetenzen zu stark auf Standardisierbarkeit abziele und zu wenig auf die Rahmenbedingungen bezüglich der Raumsituation, des Personals, der Klassen-

größe und der Anforderungen der Inklusion eingehe. Fragen wie die Betrachtung von Schule als Sozialraum würden zu wenig beachtet. Außerdem sei es zu einseitig, die Qualität der Bildung lediglich an den Fächern Mathematik und Deutsch festzumachen.

Ihre Fraktion sei gegen die Abschaffung des MSA an den Gymnasien, befürworte aber eine Überprüfung des dort üblichen Probejahrs.

Dr. Maja Lasić (SPD) hebt hervor, dass Berlin laut des Abschlussberichts beim Personaleinsatz eine Vorreiterrolle einnehme. Die Köller-Kommission bestätige den Weg der Koalitionsfraktionen, Instrumente, die den zielgerichteten Einsatz der Mittel steuerten und überprüften – Stichwort Schulverträge, Indikatorenmodelle –, zu entwickeln. Seien die Indikatorenmodelle mittlerweile an allen Schulformen etabliert worden? – Wie sei der aktuelle Stand hinsichtlich der Entwicklung von Lehrkräftefortbildungen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) unterstreicht, der Abschlussbericht würdige, dass sich SenBildJugFam auf den Weg gemacht haben, datenbasiert zu arbeiten. Es seien ausreichend Ressourcen vorhanden, aber es müssten Ziele anhand von Daten deutlicher formuliert werden. Diese datenbasierte, zielgenaue Herangehensweise werde unterschiedlich bewertet, nicht nur in diesem Ausschuss, sondern auch an den Schulen.

SenBildJugFam sei mit zwölf Maßnahmen, die die Köller-Kommission empfohlen habe, gestartet. Dazu gehörten etwa die Installation des Beirats, die Umstellung des MSA, der Umbau der Schulinspektion und die Überarbeitung der Schul- bzw. Hochschulverträge, letztere in Abstimmung mit der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung. SenBildJugFam orientiere sich an der Empfehlung der Köller-Kommission und lege den Fokus auf die Kernfächer Deutsch und Mathematik.

Es sei bereits eine Konsultationskita für den Bereich Sprachen ausgewählt worden, für den Bereich Mathematik stehe die Entscheidung unmittelbar bevor. Es seien Werkzeugkästen, sogenannte Toolboxen, entwickelt worden, die nach einer Erprobungsphase ab dem Jahr 2022 flächendeckend eingesetzt würden. Die Personalschulungen dazu fänden im Herbst 2021 statt.

Parallel zu diesen 12 Maßnahmen würden die 39 Maßnahmen des Qualitätspakets weiter umgesetzt. SenBildJugFam überprüfe weiterhin die Verteilung von Ressourcen. Dass daraus resultierende Umsteuerungen unterschiedlich bewertet würden, gehöre zum Prozess und müsse ausgehalten werden.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) merkt an, dass die Fachwelt den Köller-Abschlussbericht unterschiedlich bewerte. Es sei wünschenswert, dass der Diskurs nicht nur im Beirat, sondern mit allen Akteurinnen und Akteuren, zu denen neben dem pädagogischen Personal auch die Eltern zu zählen seien, geführt werde. Dies steigere nicht zuletzt die Akzeptanz der zu treffenden Maßnahmen. Die Herausforderungen der kommenden Jahre lägen in einem effizienteren Einsatz der Ressourcen und einer Kontrolle von deren Verwendung, um vor allem mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Der Abschlussbericht der Köller-Kommission markiere keinen Schlusspunkt, sondern stoße eine Debatte an.

Katrin Seidel (LINKE) stimmt ihrer Vorrednerin zu, dass der Abschlussbericht der Köller-Kommission einen Diskussionsprozess in den Berliner Fachkreisen in Gang gesetzt habe, der gepflegt werden müsse, um Ressourcen in Zukunft besser einzusetzen.

Dirk Stettner (CDU) erkundigt sich, ob der Tagesordnungspunkt um ein halbes Jahr vertagt werden könne, um den Diskurs fortzuführen und die Umsetzung der Maßnahmen weiterzuverfolgen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner weist darauf hin, dass der Ausschuss keinen Tagesordnungspunkt über das Ende der Legislaturperiode hinaus vertagen könne. Der Ausschuss in der nächsten Legislaturperiode sollte jedoch die Diskussion über den Köller-Abschlussbericht fortführen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) betont, es sei zu begrüßen, die Diskussion in der neuen Legislaturperiode fortzusetzen. Im Bericht selbst werde ausgeführt, dass der vorgeschlagene Prozess mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde.

Prof. Köller beziehe die Fachwelt mit ein, indem er beispielsweise die Ergebnisse der Kommission unterschiedlichen Gremien, etwa dem Landesschulbeirat, vorgestellt habe. Auch das Konzept des Beirats sehe vor, dass zur Entwicklung von Stellungnahmen Fachleute in Workshops hinzugezogen würden. Darüber hinaus werde die Praxiswelt regelmäßig in der AG Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen – QVTAG – oder im Unterausschuss Kita eingebunden.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.